



wandsbek links

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei **DKP** für Wandsbek

www.dkp.de

**Lesen sie
Diesmal**

Seite 2

**Peinlich
Kriegswerbung
auf dem
Wandsbeker
Marktplatz.
ein Nachtrag**

Seite 3

**Bundeswehr
an Schulen ?**

Seite 4

**Die Kolumne
Streichen bei
Reichen.**



Kein Sozialticket

Antrag in der Bezirksversammlung Wandsbek abgelehnt !

Der Antrag wurde von der Wandsbeker Fraktion DIE LINKE im Juni in die Bezirksversammlung eingebracht.

Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner, aber auch zunehmend viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf zusätzliche Hilfe (ALG II) angewiesen. Mobilität ist also für diese Menschen sehr wichtig, aber mit den regulären HVV-Preisen nicht machbar.

In dem Beschlußvorschlag wurde der zuständigen Behörde empfohlen, ein Sozialticket zu einem Preis von 15 Euro für den Großbereich einzuführen.

Maßgeblich für die Berechnung sollten die von Einkommensarmut betroffenen Haushalte und Personen sein, die mit ihrem Einkommen unter dem Existenzminimum liegen.

„Mobilität ist ein entscheidender Faktor, um Ausgrenzung entgegen zu wirken.

Sie ist zugleich auch Voraussetzung für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Deshalb sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit alle ihr Recht auf Mobilität wahrnehmen können“

So heißt es im Antrag der LINKEN. Wieder ein vernünftiger Ansatz in Wandsbek, der abgelehnt wurde. Die Forderung bleibt aber Aktuell.

Verhängt Senat Haushaltssperre?

„Ausgabenkürzungen“ statt sozialer Gerechtigkeit – Oles „kreative Buchführung“ am Ende

Wie bei Redaktionsschluss (26.6.10) bekannt wurde, ist damit zu rechnen, dass der Senat wie einige andere Bundesländer, Städte und Gemeinden eine Haushaltssperre verhängt. Konkret würde das bedeuten, dass z.B. die Finanzbehörde entscheidet, ob geplante Ausgaben tatsächlich getätigt und neue Verpflichtungen eingegangen werden.

(Lesen sie weiter auf seite 2)



**Neue Armut
für Millionen?**

**Weg mit
Hartz IV!**

**Sozial is' muss
DKP**
Deutsche Kommunistische Partei

„Ausgabenkürzungen“ statt sozialer Gerechtigkeit – Oles „kreative Buchführung“ am Ende

Fortsetzung von Seite 1

Dies stellt eine unmittelbare Gefahr insbesondere für Maßnahmen im Sozialbereich dar, die nicht unmittelbar auf gesetzliche Verpflichtungen zurückzuführen sind. Vermeintliche Standards werden weiter zurückgefahren. Das würde auch voll auf Stadtteile wie Jenfeld oder Steilshoop zurückschlagen.

„Wir haben in Hamburg Jahrzehnte über die Verhältnisse gelebt“, sagt Ole von Beust.

Mit „wir“ kann er aber nur den kleinen Teil der Bevölkerung gemeint haben, der von dem Verzicht auf die Vermögenssteuer und von (Unternehmens-)Steuersenkungen profitierte und der nach wie vor risikofrei zocken kann.

Wenn das reiche Hamburg heute verschuldet ist, dann u.a. weil:

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhebung weitergehender Steuern für Reiche weiter abgelehnt werden,
- immer mehr Menschen im gerade von der CDU befürworteten Niedriglohnssektor kaum Steuern zahlen können, sondern sogar öffentliche Unterstützung benötigen; wo keine Nachfrage erzeugt wird, entstehen auch keine Jobs;
- man in den letzten beiden Jahrzehnten bereits einen Teil des städtischen Vermögens verscherbelt hat und daraus heute keinen Nutzen mehr für den Bürger ziehen kann,

- Oles Truppe vielleicht nicht aus Leuchten besteht, aber hauptsächlich Leuchtturmprojekte verfolgt und weil
- die kapitalistische Bankenkrise und die Finanzspekulation öffentliches Vermögen in unvorstellbarer Höhe vernichtet.

So versenkte Hamburg: mit der HSH-Nordbank mal eben 1,7 Mrd. Euro.

Der vom Senat angekündigte Sparkurs wird jene Hamburger noch ärmer machen, die schon bisher in bescheidenen Verhältnissen lebten.

Krieg schöner präsentieren

Wandsbeker CDU, FDP und SPD ist Reservistenaktion peinlich - aber ein bisschen Kriegswerbung soll schon sein

Ja, das war ziemlich entsetzlich, was der Reservistenverband der Bundeswehr da im September 2009 auf dem Wandsbeker Marktplatz exerzierte. Bei fröhlicher Jazzmusik präsentierte er sich „nicht im Dienstanzug, sondern weit überwiegend in Kampfanzügen und Soldaten führen ferngesteuerte, bis zu einem Meter große Gefechtspanzer und ‚Spielzeug‘-Raketenwerfer mitten durch die Passanten über den Platz. In einem Schwimmbassin wurde ein Kriegsschiff manövriert“, beschwerten sich die Fraktionen der o.g. Parteien im Regionalaussschuss Wandsbek in einem Antrag. Natürlich, liebe Freunde, Ihr habt Recht: Der Reservistenverband „verharmlost die Grausamkeit, die Ernsthaftigkeit und die Gefährlichkeit von Kampfeinsätzen und Kriegsführung“.

Er tut genau das, was Eure Parteiführungen und die Bundesregierung bereits die ganze Zeit getan haben.

Er setzt das in Aktion um, was die Medien täglich verbreiten, wenn sie von „Vernichtung von Aufständischen“ berichten und um die genaue Zahl bei Bombenriffen ermordeter Zivilisten feilschen. Ein solcher Zynismus, eine solche Menschenverachtung kommen heraus, wenn Bomben und Raketen der NATO zum Einsatz gegen Dörfer kommen und zivile Opfer einkalkuliert werden und wenn in unserem Namen gegen die Genfer Konvention und gegen das Internationale Kriegsvölkerrecht verstoßen wird, ohne dass sich in unserem Land ein Sturm der Entrüstung erhebt. War es nicht Eure Regierung, die gezeugnet hat, dass sich die Bundeswehr im Kriegseinsatz befindet?

Und nun möchtet Ihr, dass der Reservistenverband künftig charmanter für das wirbt, was Ihr nicht Krieg nennen wolltet? Dass er nur „über die ‚Verbandsarbeit‘ berichtet?



Wofür findet die statt, die „Verbandsarbeit“? Nicht auch für die Akzeptanz von Krieg?

Die einzige würdige Antwort auf den sinnlosen Tod von 43 in Afghanistan umgekommenen deutschen Soldaten besteht in der Forderung nach sofortigem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und dem Ende der Militarisierung unserer Gesellschaft sowie der Kriegsverharmlosung durch Politik, Bundeswehrführung und Reservistenverbände.

Zu dieser Position, die die Mehrheit der Bundesbürger vertritt, konntet Ihr Abgeordnete Euch leider noch nicht durchringen. Dann hättet Ihr auch beantragt, das Auftreten des Reservistenverbands in Wandsbek künftig nicht mehr zu genehmigen.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ

Rote Fahnen
sieht man
besser!

Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Magda - Thürey - Zentrum
**Kultur, Informations
und Begegnungszentrum**

 der **DKP - Hamburg**

 MTZ - Lindenallee 72 Eimsbüttel
U-Bahn: Christuskirche

 Bürozeiten: Mo. - Fr. 16 - 22 Uhr
☎ 480 490 0 www.dkp-hamburg.de


Die Mitglieder der DKP sind aktiv in antifaschistischen Organisationen und Bündnissen. Sie suchen die Gemeinsamkeit mit jenen Kräften die sich gegen Faschismus, Rassismus und Krieg für die Rechte der Migrantinnen und Migranten, der Asylsuchenden und gegen weitere Einschränkung demokratischer Grundrechte einsetzen.

IMPRESSUM**wandsbek links**
 herausgegeben von der **DKP - Wandsbek**,
erscheint mindestens 4 mal im Jahr.

 ViSdP : N. Noreik über DKP - Hamburg
Magda - Thürey - Zentrum

Lindenallee 72 , 20259 Hamburg oder unter

Tel. 040/480 49 00 oder Fax 040/ 480 42 19
oder über e-mail: info@dkp-hamburg.de
Internet : www.dkp-hamburg.de

 Die WL wird durch eure Spenden finanziert.
Ktnr. (HASPA) 1226 / 120929 (DKP - HH)
Stichwort „Wandsbek Links“

Schulen müssen bundeswehrfreie Zonen sein!

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend wendet sich entschieden gegen den Versuch, mit der von der Bundeszentrale für politische Bildung erarbeiteten Schulstunde „Die Schulstunde als Talkshow: Ein Leben als Soldat?“ die propagandistische Rechtfertigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr und letztlich die Werbung für den Soldatenberuf ins Klassenzimmer zu tragen.

Seit einiger Zeit erleben wir eine massiv verstärkte Rekrutierungsarbeit der Bundeswehr unter Jugendlichen und besonders unter SchülerInnen.

Bisher lief diese Arbeit zum Teil offen im Rahmen von Werbeständen auf Jobmessen oder den Touren der sogenannten „Karrieretrucks“, zum Teil auch getarnt im Rahmen von angeblichen Informationsveranstaltungen mit Jugendoffizieren in Schulen oder auch der Einflussnahme der Bundeswehr auf Lehrmaterial und LehrerInnenausbildung und fortbildung ab.

Doch immer war noch einigermaßen klar ersichtlich, dass hinter diesen Versuchen, das Image der Truppe aufzupolieren, die Bundeswehr selbst stand. Mit der Schulstunde „Ein Leben als Soldat?“ der Bundeszentrale für politische Bildung widmet sich aber nun eine gemeinhin für „neutral“ gehaltene Stelle dem Thema Arbeitgeber Bundeswehr als Unterrichtsstoff.

Dabei zeigt ein Blick in das betont jugendlich gehaltene Material, dass die dargebotenen Informationen mitnichten so neutral und ausgewogen sind, wie sie daher kommen. Verschwiegen werden die gesellschaftlichen Hintergründe, die dazu führen, dass immer mehr Jugendliche vor der Wahl stehen, zur Bundeswehr zu gehen oder ohne Job dazustehen.

Die Bundeswehr wird von der Bundeszentrale für politische Bildung nicht als die Nutznießerin von Bildungs- und Sozialabbau gezeigt, die sie ist, sondern als Anbieterin vermeintlich „sicherer“ Jobs.



Die Auslandseinsätze, deren Risiken für die deutschen SoldatInnen als einziges Gegenargument gegen eine Karriere bei der Bundeswehr angeführt werden, werden durchgängig nicht als Kriege für die Interessen deutscher Großkonzerne dargestellt, sondern als selbstlose demokratisch-friedliche Aufbauhilfe angepreist - und wer wollte für solch hehre Ziele nicht das kleine Risiko eines „Arbeitsunfalls“ auf sich nehmen?

Wir sagen: Werben fürs Sterben hat im Klassenzimmer nichts zu suchen! Der Krieg der Bundeswehr dient keinen friedlichen oder demokratischen Zwecken, sondern den imperialistischen Zielen der Herrschenden und bringt unendliches Leid über die Bevölkerung der überfallenen und besetzten Länder. Die Bundeswehr steht gegen uns und unser Interesse an kostenloser Bildung und Ausbildung und wirklich sicheren Arbeitsplätzen! Unsere Schulen sollen bundeswehrfreie Zonen sein!

Fakten
 Nach Angaben des
Hamburger Senats
hat es im Jahr 2009
in Hamburg

58 Veranstaltungen von
Jugendoffizieren der
Bundeswehr in Realschulen
und Gymnasien mit **1584**
Teilnehmerinnen und
Teilnehmern gegeben.

 Quelle:
Anfrage der
Partei **DIE LINKE**
Drucksache 19/5270

Kuratorium Gedenkstätte
Ernst Thälmann e.V.



Ausstellung Bibliothek Archiv im Thälmannhaus

Ernst-Thälmann-Platz

Hamburg-Eppendorf,
Tarpentekstraße 66, 20251 Hamburg

Tel.: 040 / 47 41 84

Fax: 040 / 460 90 323

www.thaelmann-gedenkstaette.de

E-mail:

Kuratorium@thaelmann-gedenkstaette.de

Öffnungszeiten:

Mo. 17 - 20 Uhr

Mi.- Fr. 10 - 17 Uhr

Sa. 10 - 13 Uhr

Gruppenbesuch nach Vereinbarung.

SEB (Skandinaviska Enskilda Bank)

Hamburg Kto.: 1180 328 700

(BLK 200 101 11)

Ich möchte

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschieken an :

Bezirksvorstand der DKP - Hamburg
Magda-Thürey-Zentrum
Lindenallee 72 / 20259 Hamburg

Die Kolumne

Streichen bei den Reichen!

Nun liegt das Sparpaket der Regierung auf dem Tisch. Und offener und rücksichtsloser konnten die Beschützer der Reichen wie die Kanzlerin, die Minister und die Mehrheit der Abgeordneten ihre wirklichen Interessen und Ziele nicht deutlicher machen: Unter allen Umständen die Macht des Kapitals erhalten, damit sie schalten und walten können, wie es ihnen gefällt. Da wird gelogen, gezockt und betrogen, dass sich die Balken biegen. Und das mit der demagogischen Losung: Alle müssen den Gürtel enger schnallen soll der Anschein der sozialen Gerechtigkeit erweckt werden. Wer sich noch nicht von der Herrschenden und



ihren Medien den gesunden Menschenverstand hat rauben lassen, weiß, welche Gürtelträger gemeint sind: Dass es nicht die Reichen sind, ist inzwischen eine Binsenweisheit. Milliardäre und Millionäre prosteten sich und der Bundesregierung aufmunternd zu: Macht weiter so. Uns geht es auch in der Krise gut. Die Gewinne sprudeln wie die Ölquelle im mexikanischen Golf.

Dagegen nimmt das Gefühl in der Bevölkerung zu, dass diese Entwicklung ungerecht, unsozial und zutiefst unmoralisch ist. Geflügelte Wort wie „weil Du arm bist, musst Du früher sterben“ oder „Den Reichen gibt's den Herrn im Schlaf“, „Zur Kasse wird immer das Volk gebeten“ sind nicht neu, erhalten aber immer wieder erneut Aktualität.

Im reichsten europäischen Land sollen alle erkämpften sozialen Errungenschaften für null und nichtig und für überflüssig erklärt werden.

Im Übrigen auch in Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien werden die brutalen Sparkonzepte gegen die Bevölkerung eingesetzt.

Rüstungskonzerne setzen auf militärische Einsätze, um sich die Rohstoffe (Köhler sprach das ganz offen aus) weltweit unter den Nagel zu reißen. Dass dabei Millionen Menschen sterben

und leiden, ist den Herrschenden nicht wichtig. Und warum ist das so? Es sollte sich herumgesprochen sein, dass es sich um ganz normale kapitalistische Verhältnisse handelt, die Karl Marx so charakterisiert hat:

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von

Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere: Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent – es wird lebhaft, 50 Prozent positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

Was dagegen hilft? Nicht nur die Faust in der Tasche ballen, die Stirn runzeln oder seine Enttäuschung und Wut an der Kasse des Supermarktes vor sich hinbrummeln.

Seien wir **nicht** Papst oder Lena, seien wir wie die Griechen oder Franzosen. Sie bieten den Herrschenden die Stirn, streiken und demonstrieren. Die einzige Sprache, die die Profiteure und ihre Regierung verstehen.

(Im Übrigen muss Frau Merkel etwas missverstanden haben, als sie u.a. schwor, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Oder?)

